

19. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Juli 1956

27/J

Anfrage

der Abgeordneten Ferdinanda Flossmann, Preusler und Genossen
 an den Bundesminister für Finanzen,
 betreffend die angebliche Auflösung der zentralen Betriebsprüfungsstellen bei
 den Finanzlandesdirektionen.

-.-.-.-

Derzeit bestehen zur Überprüfung der ordnungsmäßigen Veranlagung und Steuerabfuhr bei den Finanzlandesdirektionen Betriebsprüfungsstellen. In diesen zentralen Betriebsprüfungsstellen werden alle Prüfungsfälle im Sinne einer einheitlichen Gesetz^{es}auslegung besprochen, es werden von Älteren Prüfern die jungen Beamten geschult und auch strittige Fragen mit den Steuerpflichtigen bereinigt.

Wie die unterzeichneten Abgeordneten erfahren, sollen in nächster Zeit die Prüfer auf die einzelnen Finanzämter aufgeteilt werden und dort gemeinsam mit den Referenten die Kontrolltätigkeit ausüben. In der praktischen Auswirkung würde diese Maßnahme ernste Folgen nach sich ziehen. Besonders die Einheitlichkeit der Gesetzesanwendung würde dadurch schwer gefährdet. Erst durch die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes könnte eine einheitliche Rechtsauffassung entstehen. Auch die Steuerhinterziehung wird durch das Fehlen eines zentral gelenkten einsatzbereiten Prüfungsapparates begünstigt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehende

Anfrage:

Ist der Herr Bundesminister bereit, dem Hohen Haus mitzuteilen, ob tatsächlich geplant ist, die Betriebsprüfungsstellen aufzulösen und, falls diese Information zutrifft, dem Hohen Hause die Gründe für diese Maßnahme bekanntzugeben?

-.-.-.-